



Beschlussvorlage

Vorlage: BV/0416/2025		Datum: 08.08.2025	
Dezernat 3			
Verfasser:	03-Dezernent/in für Bildung und Kultur		Az.:
Betreff: Beitritt zum Netzwerk Verfassungsstädte			
Gremienweg:			
04.09.2025	Stadtrat	☐ einstimmig ☐ abgelehnt ☐ verwiesen	☐ mehrheitl. Kenntnis ☐ vertagt ☐ Enthaltungen
	TOP öffentlich		☐ ohne BE abgesetzt ☐ geändert ☐ Gegenstimmen
25.08.2025	Haupt- und Finanzausschuss	☐ einstimmig ☐ abgelehnt ☐ verwiesen	☐ mehrheitl. Kenntnis ☐ vertagt ☐ Enthaltungen
	TOP öffentlich		☐ ohne BE abgesetzt ☐ geändert ☐ Gegenstimmen

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Koblenz zum „Netzwerk Verfassungsstädte“. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die gemeinsame Erklärung der Verfassungsstädte zu unterzeichnen.

Begründung:

Die Entwicklungen des demokratisch verfassten Deutschlands gehört zu den spannendsten Kapiteln der deutschen Geschichte. Die Sichtbarmachung der langen demokratischen Verfassungstradition in Deutschland ist Ziel des Projektes „Verfassungsstädte“, das 2023 durch die Städte Frankfurt am Main, Weimar und Bonn gegründet wurde und nun um weitere Städte und Regionen erweitert werden soll. In diesem Sinne wurde die Stadt Koblenz aufgrund ihrer Bedeutung als Ort der Demokratiegeschichte eingeladen, dem Netzwerk beizutreten.

Sowohl zur Erarbeitung demokratiegeschichtlicher Projekte als auch zur Verknüpfung von Institutionen bedarf es des ständigen Austauschs. Die Mitglieder im Netzwerk Verfassungsstädte verpflichten sich daher, alljährlich zusammenzutreten und die Kooperation aktiv zu gestalten. Vertreterinnen aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur werden im Netzwerk die Möglichkeit haben, sich kennenzulernen und Synergieeffekte für die Partnerschaft auszuloten.

Die Stadt Koblenz ist bekanntermaßen eng mit der Entstehung der deutschen Demokratie verbunden. Im Juli 1948 wurde auf der sogenannten „Rittersturzkonferenz“ die Schaffung eines Parlamentarischen Rates vorgeschlagen. Bereits seit vielen Jahren engagiert sich die Stadt Koblenz im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ um die Vermittlung der eigenen demokratiegeschichtlichen Bedeutung. Der Beitritt zum Netzwerk bietet die Chance, die eigenen Erfahrungen dort einzubringen und gleichzeitig von denen anderer Städte zu lernen.

Organisiert wird das Forum Verfassungsstädte von der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (GEDG), in Kooperation mit der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte und der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte.

Weitere Informationen unter www.verfassungsstaedte.de

Anlage/n:

Erklärung der Verfassungsstädte Frankfurt am Main, Weimar und Bonn

Finanzielle Auswirkungen:

Die Erklärung ist als politisches Signal und als Bekenntnis zum Netzwerk Verfassungsstädte zu verstehen und für die Stadt Koblenz kostenneutral.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

keine

Historie: